

Pressemitteilung 21.03.2013

## „Private Haushalte und ihre Finanzen“ – Ergebnisse der Panelstudie zu Vermögensstruktur und Vermögensverteilung

### Die Panelbefragung

Im Rahmen der Panelstudie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) hat die Bundesbank zwischen September 2010 und Juli 2011 erstmals Haushalte in Deutschland über ihr Vermögen, ihre Schulden und ihre finanziellen Dispositionen befragt. Die Beteiligung an dieser Erhebung war freiwillig. Die Daten umfassen vor allem die Vermögensbilanzen der Haushalte, die privaten Rentenansprüche, die Spartätigkeit, das Einkommen sowie Daten zur Arbeitstätigkeit, zum Konsum, zu Selbsteinschätzungen und entscheidungsrelevante Erwartungen, wie etwa Preissteigerungen oder die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. Zudem wurden demographische Charakteristika erfasst. Das PHF liefert somit ein relativ umfassendes und detailliertes Bild der Vermögens- und Verschuldungssituation sowie des Sparverhaltens der privaten Haushalte in Deutschland. Haushalte zeichnen sich national wie international gerade hinsichtlich ihres Vermögens durch große Heterogenität aus, so dass die Betrachtung auf Haushaltsebene über die gesamtwirtschaftlichen Aggregate hinaus wichtige zusätzliche Informationen liefert.

Das PHF ist Teil des „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS), einer neuen, harmonisierten Befragung, die in allen Ländern des Euro-Raums durchgeführt wird.<sup>[1]</sup> Ziel der Erhebungen ist die weitere Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen der Zentralbanken im Eurosystem. So können die Studienergebnisse für ein genaueres Verständnis des Konsum- und Sparverhaltens oder der Verteilung von Vermögen und Verschuldung der privaten Haushalte sorgen. Sie ermöglichen damit unter anderem eine bessere Beurteilung der Wirkung der Geldpolitik oder der Stabilität des Finanzsystems.

Im Rahmen der ersten Welle des PHF haben 3.565 Haushalte in Deutschland Auskunft gegeben, wobei Ende 2010 in der Regel den Bezugspunkt der Auskünfte darstellt. Wohlhabendere Haushalte sind überproportional erfasst worden, um die Vermögenszusammensetzung und -verteilung besser analysieren zu können. Es handelt sich dennoch um eine repräsentative Stichprobe im strengen Sinn.<sup>[2]</sup>

Der ersten Welle sollen in mehrjährigem, aber regelmäßigem Abstand weitere Befragungen folgen. Die nächste Runde ist im kommenden Jahr geplant. Dabei werden möglichst viele Haushalte der ersten Welle wieder befragt, um Veränderungen und Entwicklungen im Zeitablauf adäquat nachzeichnen zu können.

Die Erhebung und ihre Methodik wurden schon im Bundesbank-Monatsbericht Januar 2012 ausführlich vorgestellt, mit vorläufigen Ergebnissen vor allem zum Immobilienbesitz und der damit verbundenen Verschuldung.<sup>[3]</sup> Mittlerweile ist die Datenaufbereitung weitgehend abgeschlossen, so dass nunmehr auch Angaben über die Verteilung von Gesamtgrößen wie Bruttovermögen und Nettovermögen möglich sind. Schwerpunktveröffentlichungen zu weiteren Themen wie Ersparnis und Verschuldung werden folgen.

### Ergebnisse zu Vermögensstruktur und Vermögensverteilung

Aus den Daten des PHF ergibt sich, mit Bezugszeitpunkt Ende 2010, ein geschätztes durchschnittliches Vermögen der privaten Haushalte von brutto 222.200 Euro und netto (abzüglich der Verschuldung) von 195.200 Euro. Dies ist der Mittelwert, das heißt die hochgerechnete Summe aller Vermögenswerte, dividiert durch die Anzahl der Haushalte.

Das Vermögen des „mittleren“ Haushalts ist aber besser durch den Median beschrieben. Werden Haushalte nach ihren Vermögenswerten aufgereiht, so nimmt der Medianwert die mittlere Position ein: Es gibt ebenso viele reichere wie ärmere Haushalte. Der Median des Bruttovermögens liegt bei 67.900 Euro, der Median des Nettovermögens beträgt 51.400 Euro. Diese Mediane liegen typischerweise deutlich unter den entsprechenden Durchschnitten: Die meisten Haushalte, in Gesamtdeutschland rund 73 %, haben ein „unterdurchschnittliches“ Nettovermögen. Sowohl der Durchschnitt als auch der Median des Nettovermögens in Deutschland liegen damit niedriger als in anderen großen Ländern des Euro-Raums, für die es vergleichbare Angaben gibt. Hinsichtlich der Medianwerte sind die Unterschiede deutlicher ausgeprägt als bei den Durchschnitten.

Ein gebräuchliches Maß für Ungleichheit einer Verteilung ist der Gini-Index. Er beträgt 0 % bei vollkommen gleicher Verteilung und 100 % bei maximal ungleicher Verteilung. Während dieser Index für die Bruttoeinkünfte der Haushalte im PHF-Survey bei 42,8 % liegt, beträgt er für die Bruttovermögen 71,3 % und für die Nettovermögen 75,8 %. Das Vermögen ist also ungleicher verteilt als das Einkommen – was durchaus üblich ist. Den reichsten 10 % der Haushalte (nach jeweiliger Definition) gehören 55,7 % des gesamten Bruttovermögens und 59,2 % des Nettovermögens aller Haushalte. Die aufgezeigte Ungleichheit des Vermögens entspricht in etwa dem Ergebnis anderer vergleichbarer Erhebungen für Deutschland.

Die Interpretation der nun vorliegenden Daten wird in Zukunft eine sorgfältige Analyse erfordern. Schon jetzt ist aber auf einige Punkte hinzuweisen: Zum einen sind im PHF nicht alle Vermögensansprüche der privaten Haushalte erfasst. Insbesondere fehlen die Ansprüche gegenüber den gesetzlichen Sozialversicherungen, während private Rentenversicherungen und Lebensversicherungen berücksichtigt wurden. Es ist davon auszugehen, dass dies zu einer Überzeichnung der Ungleichverteilung des Vermögens führt. Noch genereller erlauben Aussagen zum privaten Vermögen der Haushalte nur eingeschränkt Rückschlüsse auf den Lebensstandard oder das Vermögen einer Gesellschaft. Dies gilt besonders bei internationalen Vergleichen. Andere Sektoren, wie zum Beispiel der Staat, können ebenfalls positive oder negative Nettovermögen haben.

Neben einer Analyse der Vermögensverteilung für die privaten Haushalte in Deutschland können mit den PHF-Daten auch Analysen für bestimmte Gruppen von Haushalten durchgeführt werden. Dabei zeigen sich zum Beispiel deutliche regionale Unterschiede und Unterschiede zwischen Immobilieneigentümern und Mietern. So liegt etwa das Vermögen in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) erheblich unter dem im Westen. In Westdeutschland liegt der Median des Nettovermögens bei 78.900 Euro, während er im Osten 21.400 Euro beträgt. Hauseigentümer sind typischerweise deutlich reicher als Haushalte ohne Wohneigentum. Der Medianwert des Nettovermögens von Eigentümern einer entschuldeten Immobilie liegt in Deutschland bei 255.600 Euro. Bei Eigentümern einer hypothekarisch belasteten Immobilie ergibt sich ein Medianwert von 160.200 Euro. Bei Mieterhaushalten sind es nur 10.300 Euro.

Ein besonderer Vorzug des PHF ist, dass er auch eine detaillierte Übersicht über die Höhe und Verteilung der einzelnen Vermögensbestandteile erlaubt. Dies ermöglicht unter anderem Aussagen darüber, welche Haushalte besonders von Preisveränderungen bestimmter Vermögen wie Immobilien oder Aktien betroffen werden, oder wie sie für das Alter Vorsorge treffen.

Der bedeutendste Aktivposten deutscher Haushalte stellt der eigengenutzte Immobilienbesitz dar. Im Durchschnitt über alle Immobilieneigentümer liegt er bei 205.800 Euro (Median: 168.000 Euro). Die Eigentümerquote in Deutschland beträgt 44,2 %. Im Westen liegt sie mit 47,1 % deutlich höher als im Osten (33,7 %). Der Anteil des von Eigentümern selbstgenutzten Wohnraums ist im europäischen Vergleich eher gering. In Frankreich wohnen etwa 58 % der Haushalte in der eigenen Immobilie, in Spanien (83 %) und Italien (69 %) noch deutlich mehr. Im Gegensatz zu diesen Ländern hat der deutsche Median-Haushalt keine eigengenutzte Immobilie. Eine ähnliche Quote wie in Deutschland gilt für Österreich (48 %). In der Schweiz wird sie mit 40 % noch niedriger geschätzt. Rund 18 % der deutschen Haushalte besitzen Immobilien, in denen sie nicht selbst wohnen – darunter sind auch Mieterhaushalte.

Die mit Abstand am weitesten verbreiteten Vermögensgegenstände sind Girokonten – sie finden sich bei 99 % der Haushalte – sowie Sparguthaben (78 %). Mit deutlichem Abstand folgen kapitalbildende Lebensversicherungen (40 %) und Bausparverträge (36 %). Mindestens einen Vertrag zur privaten Altersvorsorge haben 31 % der Haushalte abgeschlossen. Bei den Wertpapieren dominieren Fondsanteile (22 %). Aktien (11 %), Rentenwerte (5 %) und Zertifikate (2 %) werden dagegen nur von wenigen Haushalten direkt gehalten. Wie zu erwarten, findet man Wertpapiere häufig bei den vermögenden und einkommensreichen Haushalten. Von den vermögendsten 10 % der Haushalte (Nettovermögen) haben 43 % Fondsanteile, 30 % Aktien und 19 % Rentenpapiere.

## **Ersparnis und Verschuldung**

Im Zeitablauf ändert sich die Vermögensstruktur eines Landes vor allem durch Sparen und Vererbung. Das PHF enthält als einzige Studie im Euro-Raum ausführliche Fragen zum Sparverhalten. Die Ergebnisse zeigen, dass mehr als 70 % aller Haushalte Sparleistungen erbringen, indem sie auf Konten einzahlen, Beiträge zu vermögensbildenden Versicherungen zahlen, Wertpapiere erwerben oder Kredite tilgen, die meisten davon regelmäßig. Nicht in allen Fällen jedoch liegen diese Beträge über den gleichzeitig stattfindenden Abflüssen, so dass ein Nettovermögensaufbau stattfindet. Gruppieren man die Haushalte nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers, dann zeigt sich ein international typisches, hügelartiges Profil: das Vermögen junger Haushalte ist relativ klein. Die größten Werte weisen Haushalte in den Jahren vor und nach dem Erreichen des Ruhestands auf, während das Vermögen sehr alter Haushalte wieder abfällt. Neben der Spardynamik spielen hier auch Erbschaften und Schenkungen eine Rolle: In der Regel werden erstere im mittleren Alter empfangen, letztere in hohem Alter getätigt. Auch Haushaltsgröße und Haushaltszusammensetzung ändert sich über die Kohorten.

Die Bedeutung der privaten Altersvorsorge lässt sich auch in den Daten des PHF erkennen. So wird die Altersvorsorge von mehr als 20 % der Haushalte als der wichtigste Spargrund angesehen. Ähnlich hohe Werte erreicht nur noch die Vorsorge für Notsituationen. In Haushalten mit Haupteinkommensbeziehern zwischen 25 und 44 Jahren haben annähernd 40 % der Haushalte mindestens einen Riester-Vertrag. Bei den über 54-Jährigen sind es dagegen nur 17 %.

Das Bild der finanziellen Situation der Haushalte wird durch einen Blick auf die Verschuldung abgerundet: Laut PHF haben 47 % der Haushalte in Deutschland Schulden – denen aber in den meisten Fällen auch Vermögen gegenüber stehen. Zu den Schulden gehören in der Studie sowohl besicherte Kredite (Hypotheken) als auch unbesicherte Kredite wie etwa Konsumentenkredite, Bafög oder revolvingende Kreditkartenschulden. Hypothekarkredite bedienen 21 % der Haushalte, unbesicherte Kredite findet man bei 35 %. Trotz der relativ weiten Verbreitung von Schulden gibt der PHF keinen Hinweis auf ein verbreitetes Überschuldungsproblem in Deutschland. Bei Haushalten mit Hypothekarkrediten ergibt sich für die Schuldenhöhe ein Median von 80.000 Euro (Mittelwert: 110.000 Euro), für Schuldner mit unbesicherten Krediten belaufen sich diese auf im Median rund 3.170 Euro (Mittelwert: 9.600 Euro). Bei rund 80 % der Schuldner wird für den Schuldendienst (Zins und Tilgung) ein Wert von 23,1 % des Bruttoeinkommens nicht überschritten. Ebenfalls bei rund 80 % der Haushalte liegen die reinen Zinszahlungen unter oder nahe bei 10,5 % des Bruttoeinkommens. Ein Anteil von 7,4 % der Haushalte hat laut PHF ein negatives Nettovermögen, der Median beträgt hierbei 4.000 Euro und der Mittelwert 14.200 Euro.

1. Irland und Estland waren nicht Teil der ersten Welle des HFCS. Informationen zum HFCS sind auf der Website der EZB (in Englisch) verfügbar: [http://www.ecb.int/home/html/researcher\\_hfcn.en.html](http://www.ecb.int/home/html/researcher_hfcn.en.html)
2. Der Einfluss der disproportionalen Ziehung vermögender Haushalte wird durch Gewichtung ausgeglichen. Haushalte mit extrem hohem Vermögen waren in der Ziehung nicht enthalten: Solche Vermögen sind zu selten, um in einer Zufallsstichprobe begrenzter Größe valide repräsentiert werden zu können.
3. Für eine Beschreibung der Studie mit technischen Einzelheiten siehe Ulf von Kalckreuth, Martin Eisele, Julia Le Blanc, Tobias Schmidt, Junyi Zhu, „The PHF: a comprehensive panel survey on household finances and wealth in Germany“, Deutsche Bundesbank Discussion Paper No. 13/2012.

## Weiterführende Informationen

- [Haushaltsstudie](#)

## Downloads

- [Präsentation beim Pressegespräch zu den Ergebnissen der Panelstudie](#) Dr. Heinz Herrmann und Dr. Ulf von Kalckreuth 21.03.2013 | 1 MB, PDF
- [Tabellenanhang zur Pressemitteilung](#) PHF 2010/2011 - Datenstand: 2/2013 21.03.2013 | 170 KB, PDF

## Diskussionspapier

in englischer Sprache

- [The PHF: a comprehensive panel survey on household finances and wealth in Germany](#) 13/2012: Ulf von Kalckreuth, Martin Eisele, Julia Le Blanc, Tobias Schmidt, Junyi Zhu 10.07.2012 | 314 KB, PDF

\* \* \*

Deutsche Bundesbank | Zentrale | Kommunikation  
Wilhelm-Epstein-Straße 14 | 60431 Frankfurt am Main  
[www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de) | E-Mail: [presse@bundesbank.de](mailto:presse@bundesbank.de)  
Tel: 069 9566-3511 | Fax: 069 9566-3077

**Bei publizistischer Verwertung wird um Angabe der Quelle gebeten.**